

Deutschland-Check August 2011

Eine Dauerstudie zur Beurteilung der Wirtschaftspolitik
der Bundesregierung in der 17. Legislaturperiode

durchgeführt vom

Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln

im Auftrag von

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und WirtschaftsWoche

Deutschland-Check August 2011

Mit dem Deutschland-Check bewertet das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag von WirtschaftsWoche und Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) monatlich die Wirtschaftspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung.

Bestandteil des Deutschland-Checks sind eigens vom IW Köln entwickelte Indizes, die die aktuelle Entwicklung des Wirtschaftswachstums und des Arbeitsmarkts auf einen Blick abbilden. Außerdem beurteilen die Wissenschaftler, welche Auswirkungen die wichtigsten Gesetzesvorhaben der Bundesregierung auf Beschäftigung und Wachstum haben. Aktuelle Umfragen der IW Consult zeigen, was Unternehmen, Ökonomen und Arbeitnehmer von der Regierungspolitik halten. Der Deutschland-Check wird monatlich in der WirtschaftsWoche veröffentlicht und ist unter www.deutschland-check.de online.

- S. 3 Das Barometer der Wirtschaft
 - Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung
- S. 7 Das Urteil der Ökonomen
 - Politikbewertung durch das IW Köln
- S. 10 Die Meinung der Arbeitgeber
 - Ergebnisse einer Befragung von Arbeitgebern durch die IW-Consult GmbH

Das Barometer der Wirtschaft

Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung



Wirtschaftsentwicklung: Von Verunsicherung geprägt

Hinsichtlich der weiteren konjunkturellen Entwicklung ist Verunsicherung eingetreten. Die wirtschaftliche Lage in der Realwirtschaft in Deutschland ist zwar nach wie vor intakt, aber auf den Finanzmärkten ziehen dunklere Wolken auf. Im Juli war die Stimmung geprägt von der notwendigen Anhebung der Verschuldungsgrenze in den USA, um eine ansonsten drohende Zahlungsunfähigkeit der USA zu verhindern. Demokraten und Republikaner stritten heftig über den richtigen Kurs in der Wirtschaftspolitik. Die Einigung in letzter Minute Anfang August fällt nicht mehr in den Beobachtungszeitraum für diesen D-Check. Es war aber nicht allein die ungeklärte Situation in den USA, die für Verunsicherung sorgte, sondern auch in der Euro-Zone blieb die Verschuldungskrise im Juli ein dominantes Thema. Die von der EU aufgespannten Rettungsschirme konnten nur für kurze Zeit die Märkte beruhigen. Noch immer ist Stimmung von Nervosität geprägt und die Gefahr einer Infizierung anderer Länder wie Spanien und Italien nicht gebannt. Hinzu kommt, dass in den USA angesichts der schleppenden wirtschaftlichen Entwicklung und der enttäuschenden Nachrichten vom Arbeitsmarkt sogar schon von einem möglichen Rückfall in eine erneute Rezession gesprochen wird. All das drückt aktuell die Stimmung.

Die gedämpften konjunkturellen Perspektiven haben erste Spuren beim Wachstumsindex bereits hinterlassen, erfreulicherweise jedoch nicht beim Arbeitsmarktindex, der seinen Aufwärtstrends auch im Juli weiter fortsetzte.

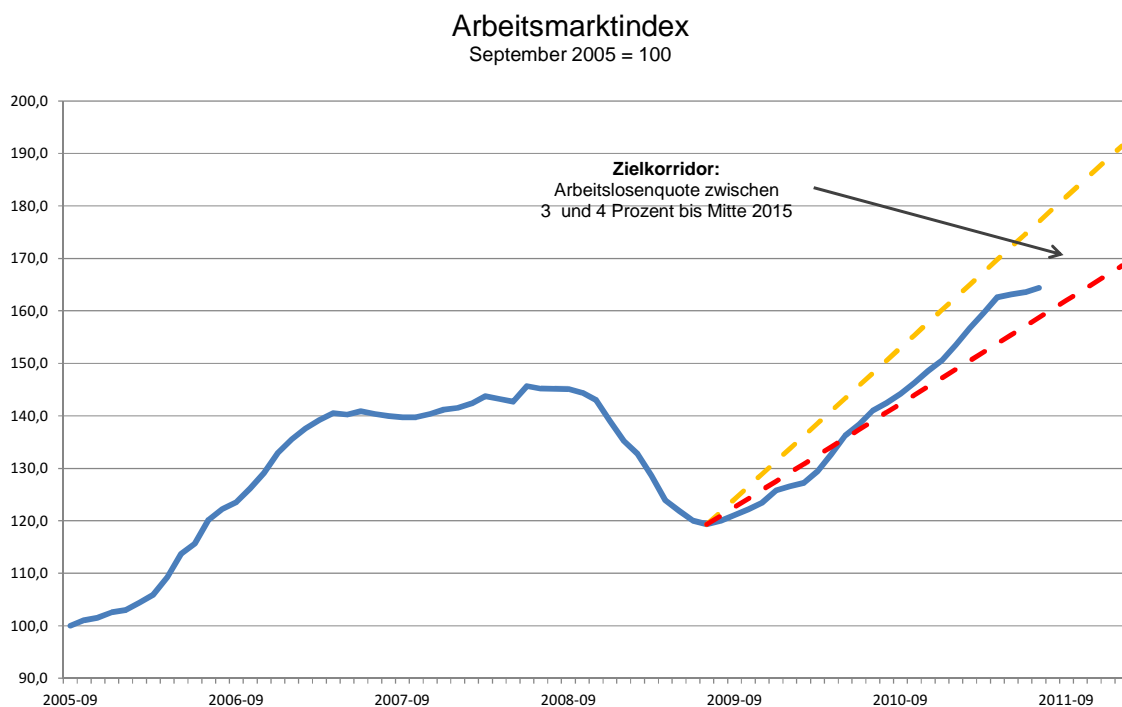
Die **Juli-Ergebnisse** im Einzelnen:

Beide Teilindikatoren trugen im Juni zum Anstieg des **Arbeitsmarktindex** bei:

- Die Bundesagentur für Arbeit meldete für den Juli einen Anstieg der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat. Dies ist jedoch für Juli nichts

Ungewöhnliches, da jahreszeitliche Einflüsse den Trend überlagern. Saisonbereinigt reduzierte sich die Zahl der Arbeitslosen auch im Juli weiter auf 2,957 Millionen Personen. Das waren 11.000 weniger als im Vormonat. Gegenüber den Monaten Mai und Juni 2011 hat sich der Rückgang saisonbereinigt somit sogar erhöht.

- Gleiches gilt für die von den Unternehmen gemeldeten offenen Stellen. Im Juli stieg die Zahl saisonbereinigt auf 464.000 zu besetzende Stellen. Das war - ein Plus von 3.000 Stellen. Auch hier hat sich das Tempo der Veränderung gegenüber den Monaten Mai und Juni leicht erhöht, ohne jedoch an die kräftige Dynamik in den ersten vier Monaten des Jahres 2011 heranzukommen.
- Insgesamt erhöhte sich der Arbeitsmarktindex im Juli um 0,5 Prozent und damit mehr als doppelt so schnell wie im Vormonat (korrigiert +0,2 Prozent).
- Auch im Juli bleibt der Arbeitsmarktindex im Zielkorridor, der den Entwicklungspfad für das Erreichen einer Arbeitslosenquote von 3 bis 4 Prozent bis Mitte 2015 abgrenzt.

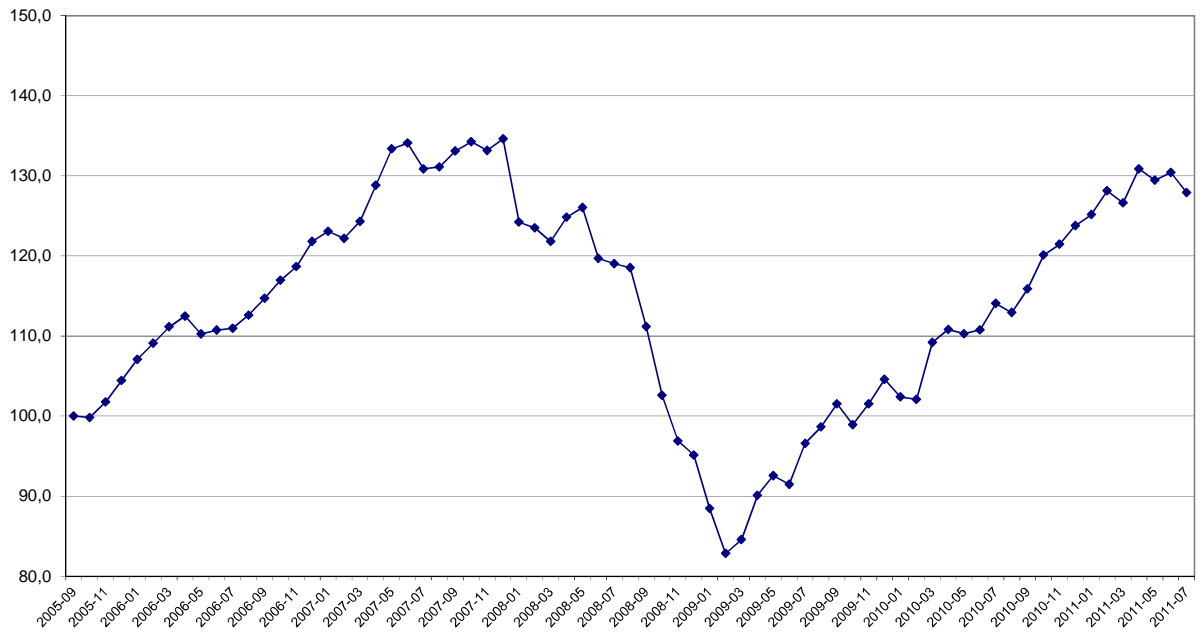


Der **Wachstumsindex** ist im Juli eingebrochen. Alle drei Subindikatoren haben diesmal ein negatives Vorzeichen:

- Der DAX-Performance-Index ist in den letzten Monaten durch ein hektisches Auf und Ab gekennzeichnet. Nachdem der Index im Juni noch kräftig zulegen konnte, verlor er im Verlaufe des Juli 217 Punkte oder umgerechnet beachtliche 2,9 Prozent und steht nur noch bei 7159 Punkten. Die Schuldenkrise in Europa, die drohende Zahlungsunfähigkeit der US-Regierung und die sich weltweit eintrübenden Konjunkturperspektiven zeichnen dafür verantwortlich. Die Verunsicherung der Finanzmärkte ist groß.
- Der schon längere Zeit erwartete Rückgang des Ifo-Lage-Index setzte im Juli ein. Er büßte gleich 1,5 Prozent gegenüber dem Vormonat ein und kompensierte damit den Anstieg des Vormonats (+1,5 Prozent) vollständig. Verantwortlich für die Eintrübung der Geschäftslage sind die Industrie und der Groß- und Einzelhandel, während die Lage in der Bauwirtschaft besser beurteilt wurde als im Vormonat.
- Die Industrieproduktion büßte im Juni saisonbereinigt 0,9 Prozent ein. Von den drei Hauptgruppen konnten nur die Vorleistungsgüterproduzenten ein leichtes Plus verbuchen, während sowohl die Hersteller von Investitionsgütern als auch die Konsumgüterproduzenten mit einem Minus abschlossen. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass es im Juni 2011 mehr Brückentage als saisonüblich gab, was den Rückgang der Produktion etwas überzeichnet. Im Juli dürfte sich der Produktionsindex allerdings kaum erholen, sondern eher mit einem minimalen Minus auf der Stelle treten. Die positive Entwicklung der Auftragseingänge im Juni lässt allerdings für die Entwicklung der Produktion in den nächsten Monaten hoffen.
- Insgesamt verliert der Wachstumsindex im Juli 1,9 Prozent, ein ähnlich starker Rückgang war zuletzt im Januar 2010 zu verzeichnen.

Wachstumsindex

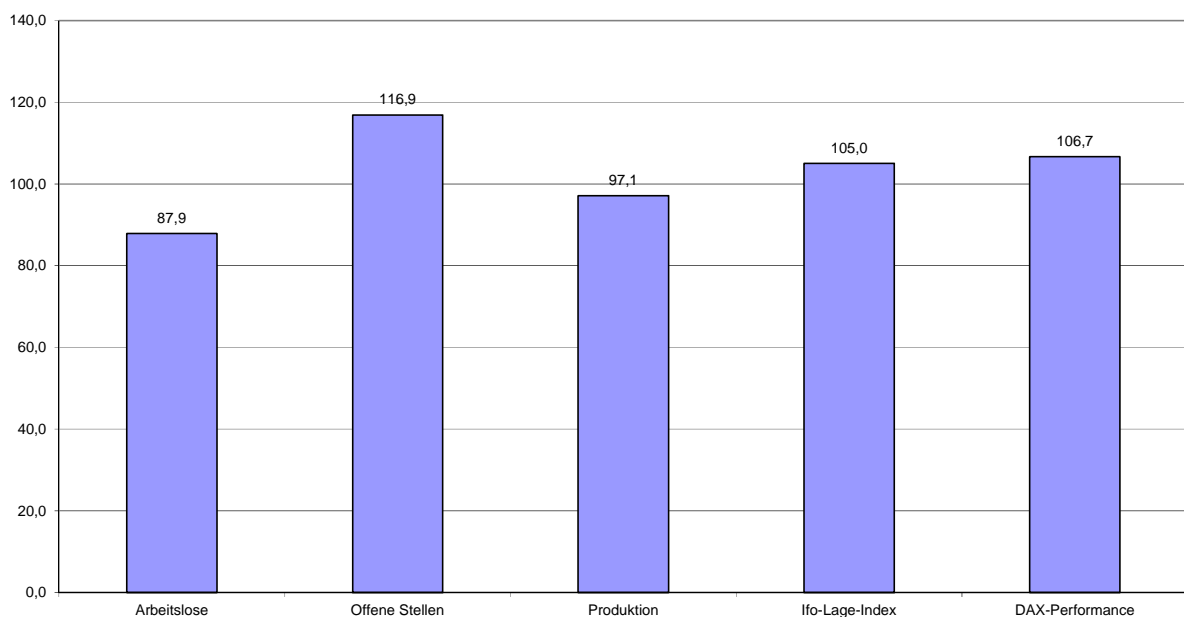
September 2005 = 100



Ein Blick auf die fünf **Einzelindikatoren** zeigt, dass der DAX-Performance-Index trotz der im Juli spürbaren Einbußen immer noch deutlich über dem Vorkrisenniveau liegt, der Abstand sich aber verringert hat. Die Industrieproduktion schafft den Sprung über das Vorkrisenniveau erneut nicht, im Gegenteil, er hat sich bedingt auch durch die Korrektur im Vormonat von dieser Benchmark wieder weiter entfernt.

Arbeitsmarkt- und Wachstumsindikatoren

Aktueller Stand, jeweils Durchschnittswerte des 1. Vierteljahres 2008 = 100



Das Urteil der Ökonomen

Politikbewertung durch das IW-Köln



1. Abbruch der Einführung des elektronischen Entgeltnachweises „ELENA“

Was wurde beschlossen?

Die Bundesregierung hat am 19. Juli den Beschluss gefasst, den elektronischen Entgeltnachweis „ELENA“ zu stoppen. ELENA sah die Meldung von Arbeitnehmerdaten an die Deutsche Rentenversicherung vor, um Bescheinigungen in Papierform zu ersetzen. Die Umstellung wurde Anfang 2010 begonnen und sollte 2012 abgeschlossen sein. Dabei bildete ELENA einen wichtigen Bestandteil innerhalb des Beschlusses der Bundesregierung, die Bürokratiekosten für die Unternehmen gegenüber dem Ausgangsjahr 2006 um ein Viertel zu reduzieren, und zwar netto unter Berücksichtigung neuer administrativer Kosten.

Bewertung durch das IW Köln: 0 von 5 Sternen

Begründung:

- Mit der von dem bei dem Vorhaben federführenden Bundesarbeitsministerium und dem Bundeswirtschaftsministerium getroffenen Entscheidung zum „Ausstieg“ ist auf dem Weg zu einem modernen E-Government eine Kehrtwende vollzogen worden. Ursprünglich sollte das Verfahren ab 2012 verbindlich werden, die parallele Ausstellung von Bescheinigungen also eingestellt werden. Ab diesem Zeitpunkt sollten die Anträge von (ehemaligen) Arbeitnehmern zum Bezug von Kindergeld, Arbeitslosen- oder Wohngeld elektronisch erfolgen und auf die mittels ELENA gesammelten Daten zugreifen, was auch für die betroffenen Bürger die Befähigung zur elektronischen Signatur voraussetzte.

- Als Begründung für den Stopp wurde angeführt, dass die bisherigen Fortschritte bei der Einführung der qualifizierten elektronischen Signatur ungenügend seien; diese wiederum ist ein unverzichtbarer Sicherheitsstandard für den Abruf der Daten bei der zentralen Erfassungsstelle der Deutschen Rentenversicherung. Dass diese Signatur sich erst nach und nach durchsetzen würde, war allerdings von Anfang an zu erwarten, so dass das Argument der Bundesregierung kaum überzeugt. Die Frist bis zur Einstellung der Papiermeldung hätte um ein oder zwei Jahre ausgedehnt werden können, um die flächendeckende Einführung der E-Signatur zu gewährleisten. Diese Lösung war noch kürzlich vom Regierungssprecher angekündigt worden. Wahrscheinlicher ist, dass Bedenken bezüglich der Verfassungskonformität des Gesamtprojekts, insbesondere der zentralen Speicherung umfassender personenbezogener Daten der Arbeitnehmer, letztlich den Ausschlag gaben.
- Der Abbau von Bürokratie durch die elektronische Übertragung von Unternehmens- und Beschäftigendaten ist prinzipiell ein wesentlicher Schritt zur Entlastung der Unternehmen und ein Element der flächendeckenden Einführung von Online-Verfahren für den Informationsfluss zwischen Unternehmen und Behörden, der auch von der Europäischen Union als Element des „Good Governance“ unterstützt wird. Durch die Online-Meldung per ELENA sollte die Wirtschaft über 85 Millionen Euro Bürokratiekosten jährlich einsparen, indem circa 60 Millionen Bescheinigungen in Papierform pro Jahr entfallen. Eine Voraussetzung hierfür war jedoch, dass das Verfahren und seine Einführung reibungslos funktioniert hätten.
- Von der Entscheidung sind über zwei Millionen Unternehmen in Deutschland betroffen, die Beschäftigendaten zu übermitteln haben. Wie viele von ihnen bereits in die technischen und organisatorischen Voraussetzungen zur Online-Übermittlung investiert hatten zum Zeitpunkt der Einstellung, ist nicht bekannt. Insgesamt rechneten Wirtschaftsverbände mit Einführungskosten von mehreren 100 Millionen Euro allein bei den Unternehmen.

- Die ELENA-Einführung sollte ursprünglich schon 2010 erfolgen und aktuell abgeschlossen sein. Doch aufgrund von erheblichen Startschwierigkeiten, die teils aus der Notwendigkeit zur Etablierung der elektronischen Signatur für die Datenübermittlung und ihren Abruf, teils aus Problemen beim Aufbau der zentralen staatlichen Sammelstelle resultierten, musste die Papiermeldung der Daten als parallele Möglichkeit erhalten bleiben. Dies hat die Kosten weiter in die Höhe getrieben. Die Chance, durch eine Vereinheitlichung der Datenanforderungen als Voraussetzung für den Bezug verschiedener Arten von Sozialleistungen ein einfaches und schlankes Online-System einzuführen, wurde vertan.
- Die Kosten für die Einführung von ELENA sowohl bei den Unternehmen aber auch für die Bürger und die staatlichen Stellen sind offenbar von Beginn an systematisch unterschätzt worden. Dies war jedoch nur ein Teil des Problems; als bedeutenderer Faktor erwiesen sich letztlich die stark überzogenen Informationsanforderungen an die Meldungen der Arbeitgeber. Durch die Einforderung vieler sensibler personenbezogener Daten – beispielsweise zur Teilnahme an genehmigten oder ungenehmigten Streiks – wurde erhebliche Kritik der Datenschutzbeauftragten ausgelöst. Die zentrale Speicherung dieser sensiblen Daten und ihr Schutz am Speicherort sowie bei der Übertragung führten zu erheblichen Zusatzkosten. Trotzdem blieben Zweifel, ob die Speicherung überhaupt verfassungskonform ist.
- Seit dem Start von ELENA sind bereits mehr als 500 Millionen Datensätze an die zentrale Erfassungsstelle übermittelt worden. Nach Schätzungen der BDA sind für die Arbeitgeber dadurch bislang mehrere hundert Millionen Euro Investitions- und Bearbeitungskosten angefallen. Durch die Löschung der bisherig gesammelten Daten ist eine Wiederbelebung des Projekts praktisch unmöglich. Zudem stellt sich die Frage, ob nun wichtige Daten vernichtet werden, die auch nicht in Papierform vorliegen.
- Die Kehrtwende bei der Einführung des Elektronischen Entgeltnachweises muss als Rückschritt für den Bürokratieabbau gewertet werden. Die Politik stellt sich durch die schlechte Vorbereitung der Umstellung, ihr zunächst

zögerliches Handeln gegenüber den auftretenden Problemen und den nun erfolgtem plötzlichen Ausstieg ein Armutszeugnis aus. Auch die Unternehmen, die bereits in die Umstellung investiert hatten, müssen durch den plötzlichen Richtungswechsel Kosten in vermutlich dreistelliger Millionenhöhe abschreiben.

- Zwar war ELENA in der bestehenden Form mit der geplanten sehr umfangreichen Sammlung und Speicherung personenbezogener Daten nicht zu halten, doch eine rechtzeitiges Umschwenken auf einen verschlankten Datenbogen mit erheblich weniger als den 41 Seiten der gescheiterten Fassung wäre möglich und wünschenswert gewesen.

Die Meinung der Arbeitgeber

Ergebnisse einer Befragung von Arbeitgebern durch die IW-Consult GmbH



Die Haushaltskrise mehrerer Mitgliedstaaten in der Eurozone sorgt dafür, dass die europäische Gemeinschaftswährung angeschlagen ist. Überschuldet sind vor allem Griechenland, aber auch andere Länder wie Irland, Portugal, Spanien und Italien. Die Europäische Union und der Internationale Währungsfonds haben einen Rettungsschirm gespannt, um den Staatsbankrott dieser Mitgliedsstaaten zu vermeiden.

Der insgesamt für den Notfall bereit gehaltene Euro-Rettungsschirm umfasst 750 Milliarden Euro. Davon beteiligt sich der Internationale Währungsfonds mit rund einem Drittel der Kredite. Weitere 60 Milliarden können den Krisenstaaten aus dem EU-Haushalt bereitgestellt werden. Die übrigen 440 Milliarden Euro stehen bei der EFSF (*European Financial Stability Facility*) bereit. Im Krisenfall kann die EFSF Kredite von bis zu 440 Milliarden Euro aufnehmen, indem sie Anleihen begibt, für die ihre Mitgliedstaaten bis zu dem vereinbarten Betrag haften.

Die Euro-Krise stellt die Staatengemeinschaft vor eine harte Bewährungsprobe. Haben die finanzpolitischen Turbulenzen im Euro-Raum auch Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft? Sorgt die Währungskrise für eine Verlangsamung des Aufschwungs in Deutschland? Ist die Euro-Krise in den deutschen Unternehmen schon spürbar? Hierzu hat die IW Consult GmbH Ende Juli/Anfang August 2011 im Rahmen des IW-Unternehmervotums 753 Unternehmen aus den Bereichen Industrie und industrienaher Dienste befragt.

Gefragt wurden die Unternehmen:

- Wie wirkt sich die Euro-Krise bereits heute auf Ihr Unternehmen aus?
- Rechnen Sie damit, dass sich die Folgen der Euro-Krise bis zum Jahresende für Ihr Unternehmen verschärfen werden?
- Welche Rückwirkungen erwarten Sie durch die aktuelle Euro-Krise auf verschiedene Bereiche in Ihrem Unternehmen?

Kurz nach Beendigung der Umfrage hat sich die Situation auf den europäischen Finanzmärkten innerhalb weniger Tage drastisch zugespitzt. Die Schuldenkrise in Europa und den USA hat am Ende der ersten Augustwoche 2011 die Börsen weltweit abstürzen lassen. Die Europäische Zentralbank reagiert darauf, indem sie jetzt bereit ist, spanische und italienische Staatsanleihen zu kaufen. Die sieben führenden Industriestaaten (G7) haben sich gleichzeitig darauf geeinigt, für ein Funktionieren der Finanzmärkte zu sorgen und die Finanzstabilität und Wirtschaftswachstum zu stützen. Die Folgen dieser rasanten Entwicklungen für die deutsche Wirtschaft sind derzeit noch nicht absehbar.

Schuldenkrise betrifft vor allem Großunternehmen

Nur wenige Unternehmen der Industrie und industrienahen Dienstleistungen sind bislang von der Euro-Krise negativ betroffen. Zum Zeitpunkt der Befragung spürte die Mehrheit der Unternehmen die Schuldenkrise noch gar nicht. Es sind vor allem die großen Unternehmen (ab 50 Millionen Euro Umsatz), aber abgeschwächt auch die Industrieunternehmen, die häufiger als andere Unternehmen nachteilige Effekte bereits heute wahrnehmen (**Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**):

- Bei vier von fünf Unternehmen macht sich die Währungskrise noch gar nicht bemerkbar.
- Ungünstig wirken sich die aktuellen Entwicklungen im Euro-Raum bei lediglich einem von acht Unternehmen (13 Prozent) aus. Darunter beklagen nur vier Prozent der Fälle sehr negative Folgen für das betriebliche Geschehen.
- (Eher) positive Wirkungen werden selten verzeichnet (4 Prozent). Kaum ein Unternehmen spricht jedoch von sehr positiven Wirkungen.

Tabelle 1: „Wie wirkt sich die Euro-Krise bereits heute auf Ihr Unternehmen aus?“

Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Branche		Umsatz in Mio. Euro			Gesamt
	Industrie	Dienstleistung	<1	1-50	ab 50	
Bisher gar nicht	71,4	80,4	79,2	75,6	61,3	78,7
Sehr negativ	5,1	4,2	4,7	2,4	1,9	4,4
Eher negativ	15,8	6,6	7,2	15,6	30,4	8,3
Eher positiv	2,9	4,6	4,2	4,8	2,9	4,3
Sehr positiv	0,0	0,0	0,0	0,3	0,0	0,0
Weiß nicht	4,8	4,2	4,7	1,3	3,5	4,3
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: IW-Unternehmervotum, Juli/August 2011, 753 Unternehmen der Industrie/industrienahen Dienste

Die Betroffenheit von der Euro-Krise hängt deutlich von der Unternehmensgröße und der Branchenzugehörigkeit ab:

- **Bei rund einem Drittel der großen Unternehmen (Mindestumsatz: 50 Millionen Euro) wirkt sich die Euro-Krise bereits heute negativ aus.** Bei den mittelgroßen Unternehmen (1 bis 50 Millionen Euro Umsatz) verzeichnen dies bisher nur 18 Prozent, bei den kleinen Unternehmen (bis 1 Million Euro Umsatz) sind es sogar nur 12 Prozent.

- **Bislang sind drei von fünf Großunternehmen von der aktuellen Währungskrise verschont geblieben.** Bei den kleinen und mittelständischen Unternehmen geben mehr als drei Viertel der Unternehmen an, bisher gar nichts von der Euro-Krise zu bemerken.
- **Mehr als ein Fünftel der Industrieunternehmen spürt bereits negative Wirkungen der Euro-Krise.** Die negativen Wirkungen sind jedoch in den meisten Fällen nicht stark (eher negativ: 16 Prozent). Gleichzeitig beklagt nur gut etwa jedes zehnte Dienstleistungsunternehmen nachteilige Folgen durch die Schuldenkrise. Während fünf Prozent der Dienstleister sogar „eher positive“ Auswirkungen verzeichnen, sind es nur drei Prozent in der Industrie.
- Sieben von zehn Industrieunternehmen bemerken den angeschlagenen Euro im Unternehmen bisher noch gar nicht. Bei den Dienstleistern sind es noch mehr als vier Fünftel der Unternehmen.

Unternehmen über eine mögliche Verschärfung der Krise

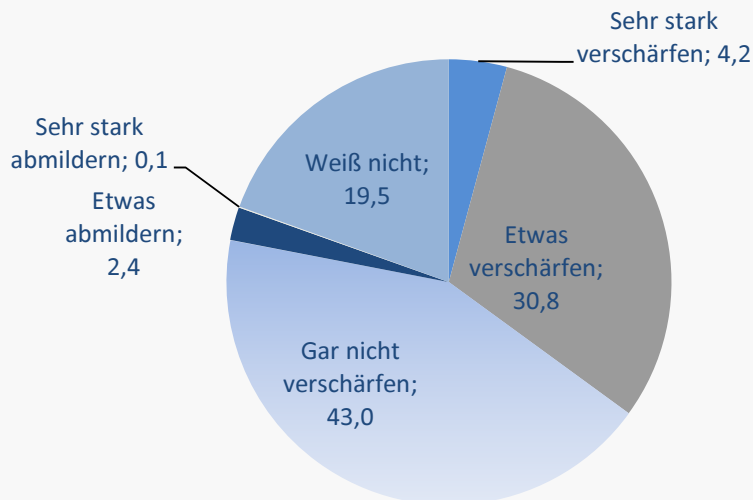
Die Euro-Krise hat für die Mehrheit der Unternehmen bislang keine Auswirkungen gehabt. Viele Unternehmen erwarten auch bis zum Jahresende nicht, dass sich die Folgen der Schuldenkrise für sie drastisch verschärfen werden (**Fehler!**

Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.):

- Gut zwei Fünftel der Unternehmen (43 Prozent) rechnen mit keiner Verschärfung der Folgen der Währungskrise.
- **Mehr als ein Drittel der befragten Geschäftsführer gibt an, dass sich die aktuelle Situation im Euro-Raum für ihr Unternehmen zuspitzen könnte.** Es sind jedoch nur sehr wenige, die von einer drastischen Verschlimmerung ausgehen.
- **Eine Abmilderung der Situation halten die meisten für unrealistisch.** Dieses Ergebnis überrascht nicht, denn die Mehrheit der Unternehmen spürt bisher noch keine Folgen der Währungskrise.
- Immerhin ein Fünftel der Unternehmen kann die Entwicklung der Euro-Krise und die möglichen Folgen für das Unternehmen noch nicht abschätzen und gibt „weiß nicht“ an.

Abbildung 1: „Rechnen Sie damit, dass sich die Folgen der Euro-Krise bis zum Jahresende für Ihr Unternehmen verschärfen werden?“

Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet



Quelle: IW-Unternehmervotum, Juli/August 2011, 753 Unternehmen der Industrie/industrienahen Dienste

Es zeigen sich auch bei dieser Frage Unterschiede bei den Antworten der Unternehmen je nach Unternehmensgröße und Branchenzugehörigkeit. Große Unternehmen (ab 50 Millionen Euro Umsatz) sind deutlich skeptischer als kleine (bis 1 Million Euro Umsatz) und mittelgroße Unternehmen (1 bis 50 Millionen Euro Umsatz). Industrieunternehmen erwarten deutlich häufiger eine weitere Zuspitzung der Folgen der Euro-Krise bis Ende 2011 als Dienstleistungsunternehmen. Die höhere Skepsis geht mit dem höheren Grad der Betroffenheit bei Groß- und Industrieunternehmen einher (Tabelle 2 im Anhang):

- **Große Unternehmen (58 Prozent) befürchten deutlich häufiger eine weitere Verschärfung der Krise bis zum Ende des Jahres** als kleine (33 Prozent) und mittelgroße Unternehmen (49 Prozent). Nur wenige

Unternehmen gehen von einer sehr starken Verschlechterung der Situation aus.

- Fast jedes zweite Industrieunternehmen rechnet mit einer Zuspitzung der Folgen der Währungskrise bis zum Jahresende. Unter den Dienstleistern ist es nur rund ein Drittel; darunter haben vier Prozent Sorge vor erhebliche Auswirkungen für das Unternehmen. Sieben Prozent der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes gehen hier sogar von einer drastischen Verschärfung aus.

Euro-Krise erhöht Sorge um steigende Rohstoff- und Energiepreise

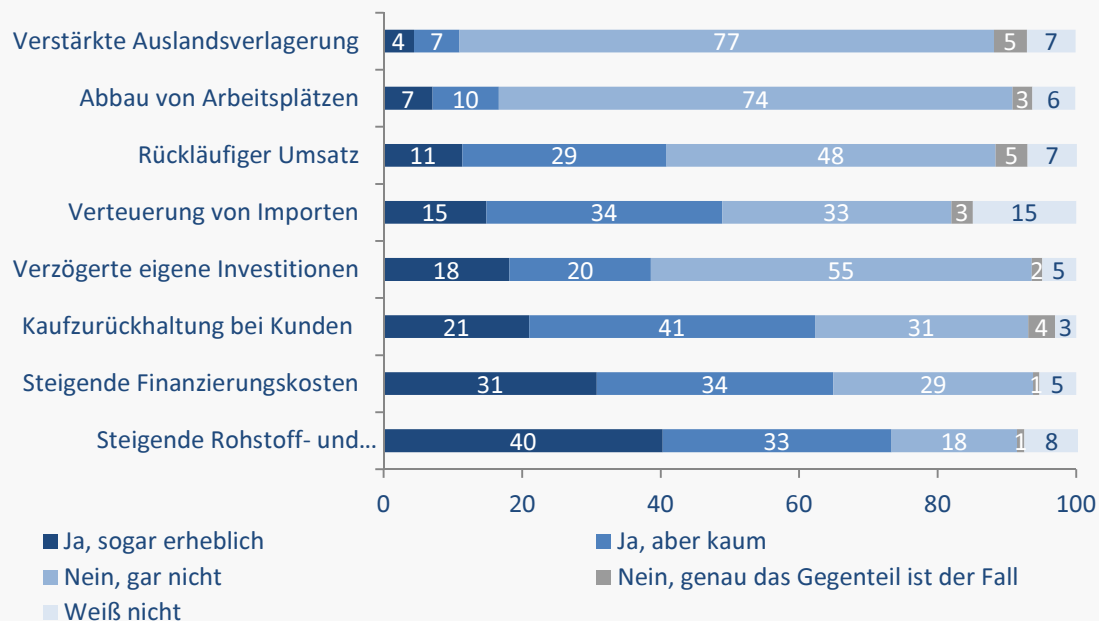
Die größte Befürchtung der Unternehmen sind steigende Rohstoff- und Energiepreise als ein Resultat der Währungskrise. Danach folgen Sorgen über steigende Finanzierungskosten sowie eine Kaufzurückhaltung bei den Kunden. Kaum Themen sind bisher die Gefahr einer verstärkten Verlagerung von Unternehmensbereichen ins Ausland oder der Abbau von Arbeitsplätzen als Ergebnis der Euro-Krise (**Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**):

- Drei Viertel der Unternehmen gehen davon aus, dass die Rohstoff- und Energiepreise steigen werden. Darunter befürchten immerhin zwei Fünftel sogar erhebliche Preissteigerungen.
- Zwei von drei Unternehmen rechnen mit steigenden Finanzierungskosten. In mehr als drei von zehn Fällen werden sogar beträchtliche Kostenerhöhungen erwartet.
- Drei Fünftel der Unternehmen glauben, dass es zu einer Kaufzurückhaltung bei den Kunden kommen wird. Allerdings prognostiziert nur ein Fünftel der Unternehmen drastische Bestellungsrückgänge.
- Die aktuelle Euro-Krise wird bei mehr als der Hälfte der Unternehmen keine Verzögerungen bei eigenen Investitionsvorhaben verursachen. Jeweils ca. ein Fünftel der Unternehmen erwarten hier erhebliche oder geringfügige Verzögerungen.

- Jedes zweite Unternehmen hat die Sorge, dass Importe teurer werden. Allerdings gehen nur 15 Prozent der Unternehmen von einer beträchtlichen Erhöhung aus. 15 Prozent geben an, dies nicht beurteilen zu können.
- Starke Umsatzrückgänge werden nur in einem von zehn Fällen angegeben. Weitere 29 Prozent rechnen mit leichten Umsatzrückgängen. Jeder zweite befragte Geschäftsführer glaubt, dass der Umsatz gar nicht von der Währungskrise betroffen sein wird.
- Nur eine Minderheit der Unternehmen sieht einen Abbau von Arbeitsplätzen und/oder eine Verlagerung von Unternehmensbereichen ins Ausland als mögliche Resultate der Schuldenkrise. Drei Viertel der Unternehmen erwarten gar keine Auswirkungen auf Arbeitsplätze oder Standortentscheidungen.
- Kaum ein Unternehmen sieht aktuell Möglichkeiten, in einem der Bereiche von der aktuellen Situation profitieren zu können.

Abbildung 2: „Welche Rückwirkungen erwarten Sie durch die aktuelle Euro-Krise auf die folgenden verschiedenen Bereiche in Ihrem Unternehmen?“

Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet



Quelle: IW-Unternehmervotum, Juli/August 2011, 753 Unternehmen der Industrie/industrienahen Dienste

Die Unternehmen wurden nach den erwarteten Rückwirkungen durch die Euro-Krise für acht unternehmensrelevante Bereiche befragt. Es sind insbesondere die Industrieunternehmen und die Großunternehmen (ab 50 Millionen Euro Umsatz), die am ehesten mögliche Konsequenzen für ihr Unternehmen fürchten (**Tabelle 1** und **Tabelle 2** im Anhang):

- Die Sorge um steigende Rohstoff- und Energiepreisen haben insbesondere die Industrieunternehmen (87 Prozent), aber auch die großen Unternehmen (81 Prozent). Fast jedes zweite Industrieunternehmen geht sogar von erheblichen Preissteigerungen aus, bei den großen Unternehmen sind es knapp zwei von fünf.

- Auch beim Thema Finanzierungskosten sind es vor allem die Industrieunternehmen (72 Prozent), die hier mit höheren Kosten rechnen. Mehr als ein Drittel der verarbeitenden Unternehmen beklagen sogar erhebliche Auswirkungen, knapp 38 Prozent sehen geringfügige Steigerungen vorher. Insbesondere kleine Unternehmen erwarten vergleichsweise häufiger beträchtliche Kostensteigerungen (31 Prozent). Dies tun nur 21 Prozent der Großunternehmen.
- Sieben von zehn großen Unternehmen prognostizieren eine Kaufzurückhaltung bei den Kunden (Gesamtdurchschnitt: 62 Prozent). Allerdings erwartet nur eine Minderheit (15 Prozent) folgenschwere Konsequenzen.
- Keine großen Unterschiede im Antwortverhalten zeigen sich im Bereich „verzögerte eigene Investitionen“. Hier sind es insbesondere die großen Unternehmen (61 Prozent), die von gar keinen Auswirkungen sprechen.
- Jeweils drei Fünftel der Industrie- und Großunternehmen glauben, dass sich die Importe verteuern werden. Immerhin gibt dies hier sogar jedes vierte Industrieunternehmen als eine wesentliche Folge der Krise an. Bei diesem Bereich geben Großunternehmen deutlich seltener (8 Prozent) als der Gesamtdurchschnitt (15 Prozent) „weiß nicht“ an.
- Jedes zweite mittelständische und große Unternehmen rechnet mit rückläufigen Umsätzen. Nur sechs Prozent der Großunternehmen schätzen jedoch die Situation so ein, dass es bedeutsame Umsatzrückgänge sein werden. Immerhin sechs Prozent der Dienstleister können sich sogar einen Umsatzanstieg vorstellen. Dies glauben nur 0,3 Prozent der Industrieunternehmen.
- Die Furcht vor einem Abbau von Arbeitsplätzen ist im unternehmerischen Mittelstand (1 bis 50 Millionen Euro Umsatz) tendenziell im größten. Gut 27 Prozent der Unternehmen rechnen zumindest mit leichten Folgen für den Arbeitsmarkt (Antworten: "Ja, erheblich" und "Ja, aber kaum"). im Schnitt halten 16,7 Prozent der Betriebe Stellenabbau für denkbar.

- Es sind häufig Industrie- und Großunternehmen, die im Ausland tätig sind. Deswegen überrascht es nicht, dass diese Unternehmen am ehesten (14 Prozent) eine verstärkte Auslandsverlagerung durch die Währungskrise erwarten (Gesamtdurchschnitt: 11 Prozent).

INSM-WiWo-Deutschland-Check: das IW-Unternehmervotum

Im Auftrag von Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und WirtschaftsWoche befragt die IW Consult vier Mal im Jahr Entscheider der deutschen Wirtschaft zu aktuellen politischen Vorgängen.

Thema dieses IW-Unternehmer-Votums ist die Betroffenheit der Unternehmen durch die Euro-Krise. Die Online-Umfrage fand vom 15. Juli bis zum 3. August statt.

Teilgenommen haben 753 Unternehmen aus der Industrie sowie den industrienahen Dienstleistungen (Großhandel, Verkehr, Nachrichten, unternehmensnahe Dienstleistungen). Angaben für Gesamt beziehen sich auf eine Hochrechnung der Befragungsdaten anhand der Anzahl der Unternehmen im Unternehmensregister bezogen auf die Grundgesamtheit der erfassten Wirtschaftszweige.

Anhang:

Tabelle 1: Erwartete Rückwirkungen durch die Euro-Krise – Top 4						
„Welche Rückwirkungen erwarten Sie durch die aktuelle Euro-Krise auf die folgenden verschiedenen Bereiche in Ihrem Unternehmen?“						
Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet						
	Branche		Umsatz in Mio. Euro			
	Industrie	Dienstleistung	<1	1-50	ab 50	Gesamt
Steigende Rohstoff- und Energiepreise						
Ja, sogar erheblich	47,1	38,7	40,0	42,7	38,9	40,3
Ja, aber kaum	40,0	31,5	32,8	35,2	42,3	33,1
Nein, gar nicht	8,9	20,3	18,8	13,1	11,1	18,1
Nein, das Gegenteil ist der Fall	0,4	1,2	1,0	1,5	1,9	1,0
Weiß nicht	3,6	8,3	7,4	7,5	5,8	7,5
Steigende Finanzierungskosten						
Ja, sogar erheblich	34,3	30,0	31,3	27,3	21,0	30,8
Ja, aber kaum	37,7	33,3	33,2	40,4	43,7	34,1
Nein, gar nicht	20,5	30,8	29,2	26,4	28,9	28,9
Nein, das Gegenteil ist der Fall	0,3	1,1	1,0	0,7	1,0	0,9
Weiß nicht	7,2	4,8	5,3	5,2	5,4	5,3
Kaufzurückhaltung bei Kunden						
Ja, sogar erheblich	22,1	20,8	21,4	18,1	15,2	21,0
Ja, aber kaum	39,7	41,6	41,0	42,9	54,5	41,3
Nein, gar nicht	33,3	30,2	31,1	28,9	22,7	30,8
Nein, das Gegenteil ist der Fall	0,8	4,6	3,9	4,3	1,5	3,9
Weiß nicht	4,1	2,8	2,6	5,8	6,1	3,0
Verzögerte eigene Investitionen						
Ja, sogar erheblich	21,0	17,5	18,5	15,8	6,4	18,2
Ja, aber kaum	21,1	20,3	19,3	28,9	26,5	20,4
Nein, gar nicht	49,9	56,2	55,9	47,8	60,8	55,0
Nein, das Gegenteil ist der Fall	3,0	1,2	1,4	2,1	2,0	1,5
Weiß nicht	5,0	4,8	4,9	5,4	4,3	4,9
Quelle: IW-Unternehmervotum, Juli/August 2011, 753 Unternehmen der Industrie/industrienahen Dienste						

Tabelle 2: Erwartete Rückwirkungen durch die Euro-Krise – Bottom 4
 „Welche Rückwirkungen erwarten Sie durch die aktuelle Euro-Krise auf die folgenden
 verschiedenen Bereiche in Ihrem Unternehmen?“

Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Branche		Umsatz in Mio. Euro			Gesamt
	Industrie	Dienstleistung	<1	1-50	ab 50	
Verteuerung von Importen						
Ja, sogar erheblich	25,3	12,4	13,9	21,2	19,4	14,8
Ja, aber kaum	36,4	33,5	34,0	34,4	42,3	34,1
Nein, gar nicht	22,8	35,5	33,8	28,2	27,1	33,1
Nein, das Gegenteil ist der Fall	2,0	3,4	3,1	3,0	2,9	3,1
Weiß nicht	13,5	15,2	15,2	13,2	8,3	14,9
Rückläufiger Umsatz						
Ja, sogar erheblich	15,2	10,5	11,4	10,8	6,3	11,3
Ja, aber kaum	29,4	29,5	28,2	38,9	45,7	29,5
Nein, gar nicht	48,8	47,3	48,7	39,2	42,5	47,5
Nein, das Gegenteil ist der Fall	0,3	5,6	4,8	3,5	2,0	4,6
Weiß nicht	6,3	7,1	6,9	7,6	3,5	7,1
Abbau von Arbeitsplätzen						
Ja, sogar erheblich	4,1	7,7	7,5	4,0	3,4	7,1
Ja, aber kaum	17,5	7,7	7,7	23,2	21,3	9,6
Nein, gar nicht	70,5	75,1	75,7	63,3	69,8	74,2
Nein, das Gegenteil ist der Fall	0,4	3,5	2,9	2,8	0,5	2,9
Weiß nicht	7,5	6,0	6,2	6,7	5,0	6,2
Verstärkte Auslandsverlagerung						
Ja, sogar erheblich	4,3	4,4	4,6	2,9	2,5	4,4
Ja, aber kaum	9,2	5,9	6,5	6,9	11,3	6,6
Nein, gar nicht	77,8	77,1	76,9	79,6	81,1	77,2
Nein, das Gegenteil ist der Fall	1,9	5,5	5,1	2,8	1,5	4,8
Weiß nicht	6,8	7,1	6,9	7,8	3,6	7,0

Quelle: IW-Unternehmervotum, Juli/August 2011, 753 Unternehmen der Industrie/industrienahen Dienste

